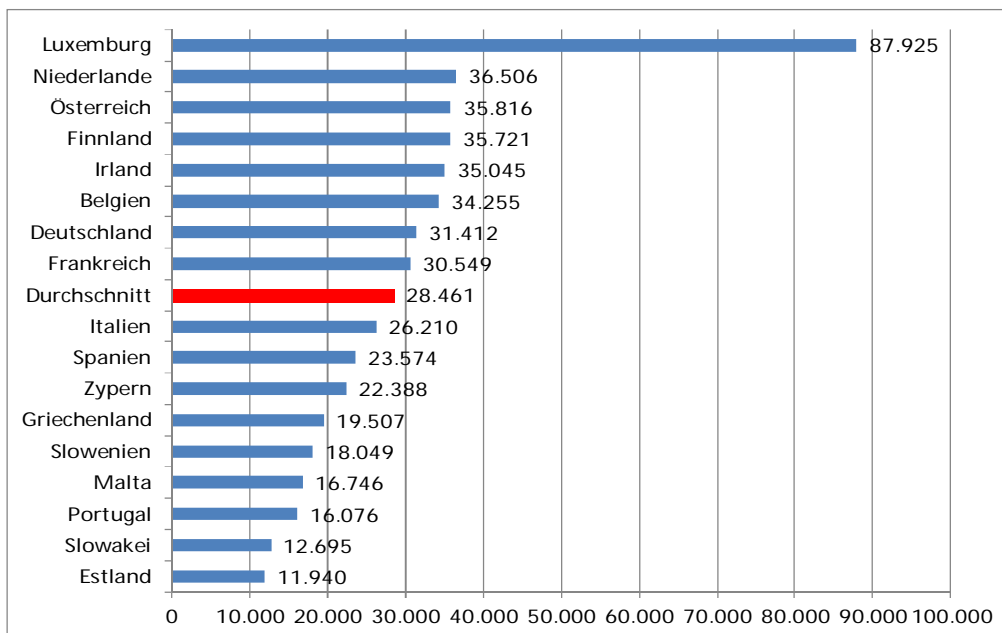


Trendanalyse 17
zur Zukunft der Euro-Zone

Euro-Zone vor dem Abgrund
Zur Konstruktion eines soliden Neubaus

Pro-Kopf-Einkommen in der Euro-Zone (in €)



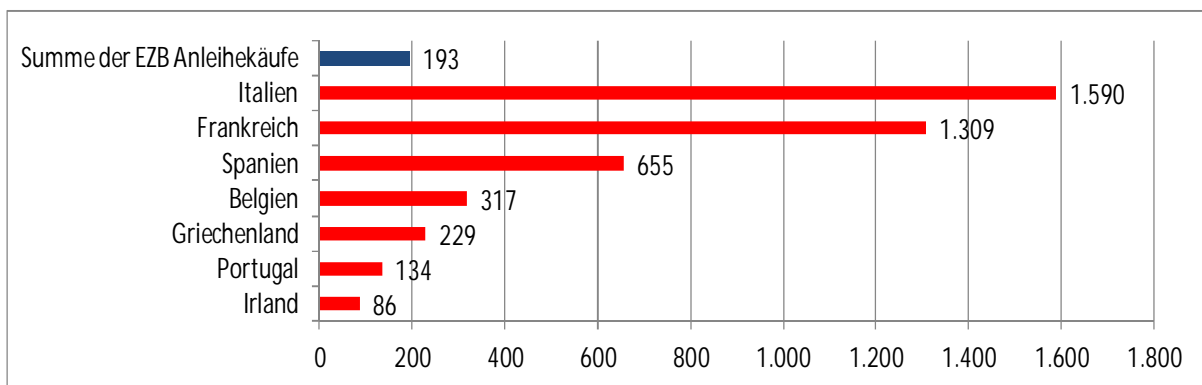
alle Rechte bei
Dr. Karl H. Pitz
MacroAnalyst.de

Frankfurt am Main, Dezember 2011

Ein Europäischer Kern - wie konstruiert man einen soliden Neubau?

Die Euro-Zone steht vor dem Abgrund. Investmentbanken und Hedgefonds nehmen über das Instrument „Staatsverschuldung“ die Steuerzahler Europas ins Visier. Zuerst diejenigen in der Peripherie; dann über die Rettungsmechanismen diejenigen im Zentrum. Je mehr Länder in dieser Dominoreihe zusammenbrechen, umso höher werden sich die verbleibenden Garantiesummen auf die zunächst noch verschonten Länder mit dem AAA-Rating im Zentrum konzentrieren. Zuletzt gehen dann auch die in die Knie.

Grafik 1: Volumen noch ausstehender Anleihen (in Mrd. Euro)



Quelle: Bloomberg, EZB, FAZ vom 20. Nov. 2011, MacroAnalyst

Unter der Überschrift „Rettungsmaßnahmen“ wird vor allem Jagd auf die Steuerzahler gemacht. Zwei Optionen stehen gegenwärtig im Zentrum:

- Die Europäische Kommission will die unsäglichen Euro-Bonds. Schuldenschleusen öffnen, alle haften für alles.
- Die Finanzbranche und US-Ökonomen haben die „big bazooka“ gefordert – und bekommen. Mit dem Beschluss vom 30. November 11 wird die Europäische Zentralbank zusammen mit 5 weiteren Notenbanken Geld in unlimitierter Höhe drucken, um der Schuldenflut Herr zu werden. Noch nie in der Weltfinanzgeschichte hat dieses Modell funktioniert. Selbst im Märchen schafft es die Müllerstochter nicht, Gold zu spinnen. Auch diesmal wird es Inflation nach sich ziehen - erst asset inflation, danach die bekanntere Konsumenteninflation.

Am Ende der beiden Wege steht der Untergang der europäischen Währungsunion.

Noch immer kann versucht werden, dieses Desaster zu vermeiden – durch den Exit aus der Euro-Zone. Das geht freilich nicht über den Ausschluss von Peripherieländern. Diese wohlfeile Option sehen die europäischen Verträge gar nicht vor.

Es geht nur über den präventiven Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone. Das wäre dann ebenfalls das Ende der Währungsunion.

Die Euro-Zone ist in jedem Fall nicht zu halten. Zu groß ist die Falle, die von Anfang an aufgestellt worden ist. Zu naiv waren die Politiker, die an die „Grundsteintheorie“ des Euro geglaubt haben (erst führen wir mal eine neue Währung ein und irgendwie wird das schon zum Zusammenwachsen Europas führen).

Wenn aber diese Euro-Zone so oder so zum Untergang verurteilt ist, warum dann noch einen Tag länger mit einer zügigen Reaktion warten? Warum dann noch hunderte von Milliarden zum Fenster hinauswerfen? Warum das Risiko eingehen, dass am Ende auch noch die Bürger Deutschlands im letzten Hemd dastehen?

Die Vereinigung Europas ist ein wertvolles Gut. Führte sie allerdings zu nichts anderem als zum Verlust unserer Vermögen, dann könnten wir darauf verzichten. Eine Renationalisierung steht zwar nicht zur Debatte. Nach den beiden Desastern der Falschkonstruktion der Euro-Zone und auch der EU selbst ist aber der bisherige europäische Weg ebenfalls verbrannt.

Bleibt allein ein neues Kerneuropa. Daran geht kein Weg vorbei. Jedenfalls keiner, der die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern ins Auge fasst. Stehen dafür Lösungen zur Verfügung?

I. Das Modell von Hans-Olaf Henkel

Große Aufmerksamkeit hat das Modell von Hans-Olaf Henkel erregt (Rettet unser Geld! Heyne, 2010).

Henkel schlägt die Aufteilung der Euro-Zone in zwei Gruppen vor (S. 180/181).

Eine *nördliche Euro-Gruppe*, die von Deutschland angeführt wird:

Deutschland

Belgien

Niederlande

Luxemburg

Österreich

Finnland

und irgendwann auch Schweden, Dänemark, Tschechien

Und eine *südliche Euro-Gruppe*, die von Frankreich angeführt wird:

Frankreich

Spanien

Italien

Griechenland

Portugal

„usw.“

Als Kriterien für diese Aufteilung führt Henkel an:

„Nach meiner Vorstellung eines zukünftigen Europas entstünden zwei Euro-Gruppen, die der tatsächlichen Wirtschaftskraft und auch der Mentalität ihrer Mitglieder entsprechen“ (S. 180/181). Seine entscheidende Zuordnung Frankreichs zur Süd-Gruppe begründet er deswegen „hauptsächlich wegen deren zentralistischen Denkens“. Zudem bliebe ihre Wirtschaft „in betonter Distanz zum Wettbewerbsgedanken, wie er etwa unsere Unternehmen prägt“ (S. 169). Paris stünde mit seinem Zentralismus nicht allein da. „Auch andere Euro-Länder denken vom Staat her und versuchen, ihre Wirtschaft nach Art der Madame Lagarde zu planen“ (S. 171).

Die Heranziehung gerade dieser Kriterien basiert augenscheinlich vor allem auf seinen mehrjährigen beruflichen Erfahrungen in Frankreich.

Eine nachvollziehbare Unsicherheit hinsichtlich der Zuordnung äußert er im Falle von Irland, „wobei mir selbst nicht klar ist, welchem das geografisch nördlich gelegene Irland zuzurechnen wäre“ (S. 190).

II. Abgrenzung nach zwei empirisch-statistischen Kriterien

Es lohnt sich, einen Blick auf zwei relevante empirische Kriterien zu werfen, um eine grundlegende Ausgangsbasis für die Neukonstruktion eines stabilen Europäischen Kerns zu erhalten.

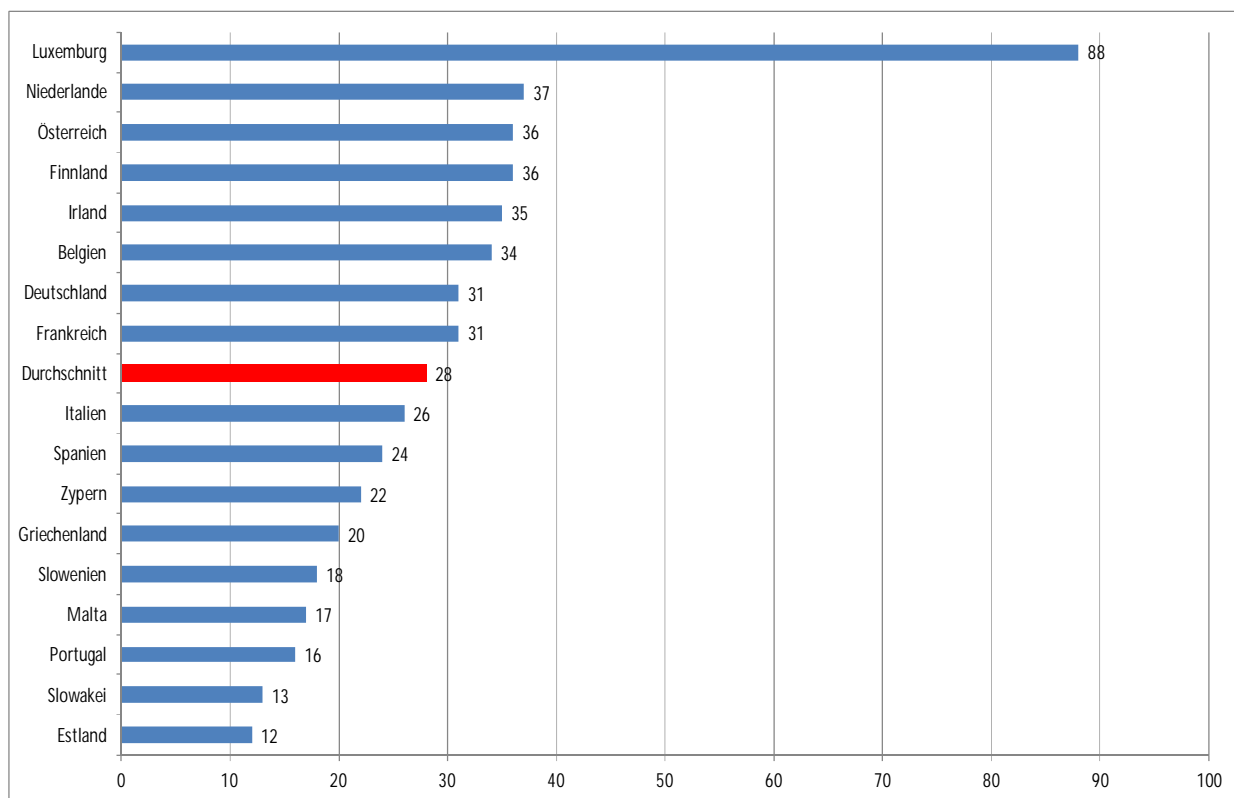
Zum einen ist dies die Wirtschaftskraft.

Zum anderen der Stand der Verschuldung, an dem die jetzige Krise festmacht.

Kriterium-1: Die Wirtschaftskraft - BIP pro Kopf

Für die Wirtschaftskraft ausschlaggebend ist nicht die absolute Größe des Brutto-Inland-Produkts (oder etwa gar nur die Größe einzelner Segmente des BIP (Exporte)). Entscheidend ist vielmehr, wie viele Menschen sich dieses Sozialprodukt teilen müssen. Dafür aber ist nur das BIP pro Kopf der Maßstab.

Grafik 2: BIP pro Kopf in der Euro-Zone – in Tsd. Euro – 2011



Quellen:

Bevölkerung nach Europa-Portal der EU; BIP nach IWF-Prognose; Berechnungen MacroAnalyst

Grafik Nr. 2 zeigt acht Länder oberhalb des Durchschnitts. Auch Frankreich befindet sich dort, (trotz seiner von Henkel gesehene negativen Haltung zum Wettbewerb). Unterhalb des Durchschnitts befinden sich aber nicht nur Süd-Länder, sondern auch Länder die gerade erst ins Rennen geschickt worden sind, wie Slowenien, Slowakei, Estland. Es wäre schwer vorstellbar, ein Land wie Estland nur wegen seines geringen Pro-Kopf-Einkommens aus einem Europäischen Kern auszuschließen. Denn zur Entwicklung von Leistungsstärke haben diese Länder bisher nur wenig Zeit gehabt. Die Zeitachse ist also zu beachten.

Kriterium-2: Stand der Verschuldung

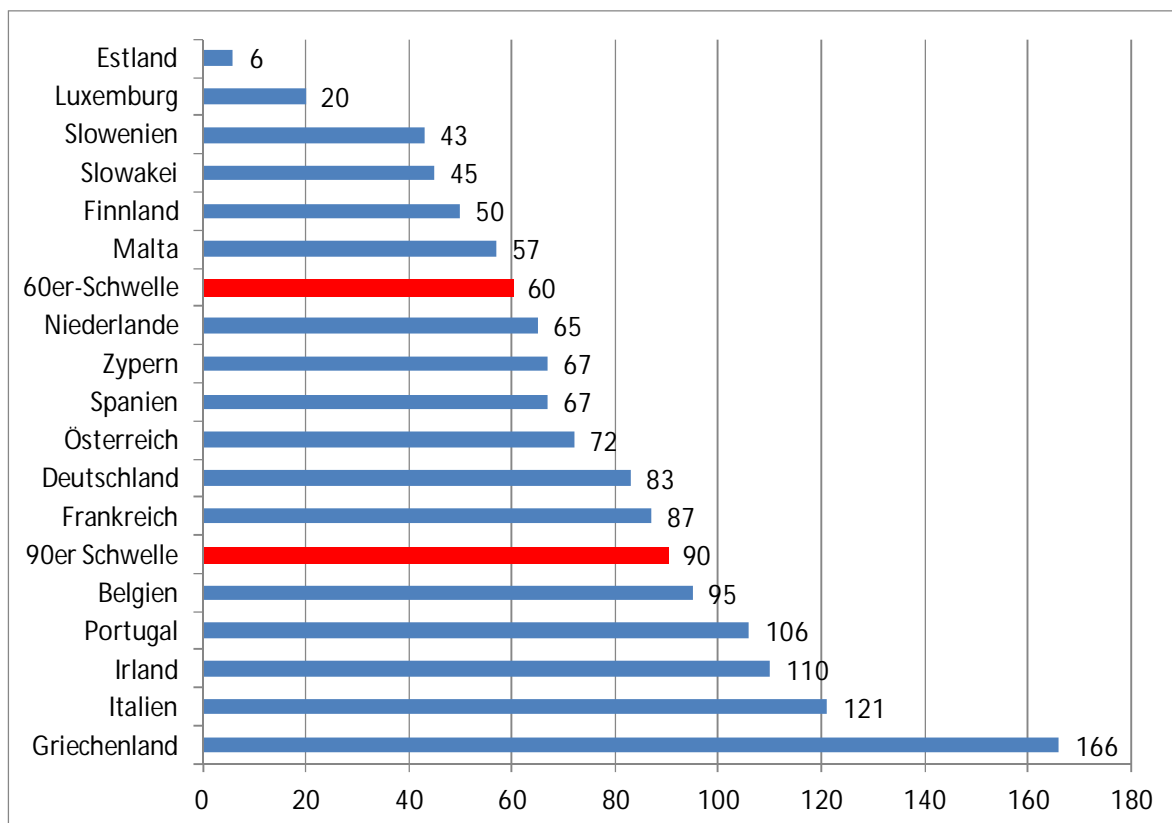
Die derzeitige Krise der Euro-Zone setzt vor allem an der sehr unterschiedlichen Verschuldung der Staaten innerhalb derselben Währungsunion an. Im Laufe der Jahre ist ein Schuldenstand erreicht worden, der Angriffspunkte bietet. Um das wahre Ausmaß dieser Verschuldung deutlich zu machen, wird sie üblicherweise ins Verhältnis zum BIP gesetzt. Diese Schuldenquote zeigt Grafik 3.

Die Grafik unterteilt die 17 Länder der Euro-Zone in drei Klassen. Nur sechs Klassenbeste befinden sich unterhalb der 60%-Schwelle, der im Vertrag von Maastricht verbindlich für *alle* Teilnehmer verankerten Zielmarke.

Mit viel gutem Willen kann eine weitere Schwelle bei 90 Prozent eingezogen werden. Man konnte jüngst lesen, „eine Reihe wissenschaftlicher Analysen kam in letzter Zeit zum Schluss, dass ab diesem Schuldenniveau negative Wachstumseffekte auftreten“ (Neue Zürcher Zeitung vom 12.11.2011; Heikle Debatte über einen europäischen Lender of Last Resort). Zwischen der 60er und der 90er Schwelle befinden sich dann sechs weitere Kandidaten, darunter die beiden Südländer Zypern und Spanien, die weit besser dastehen als Deutschland. Frankreich gehört ebenfalls dazu, und zwar wiederum in Reichweite zu Deutschland.

Die sehr kritische 90er Schwelle haben 5 Länder der Euro-Zone überschritten, die mit ihrer Verschuldung Bodenhaftung verloren haben. Dazu gehört auch Belgien, eines der Gründerländer der EWG.

Grafik 3: Der Stand der Verschuldung 2011 in der Euro-Zone
(Schuldenquote = Schuldenstand in % von BIP)



Quelle:

Schuldenstand und BIP lt. IWF-Prognose, FAZ vom 20. 11. 2011; Schuldenquoten berechnet von MacroAnalyst

III. Ein qualitatives Kriterium

Eine Zuordnung zum Europäischen Kern ausschließlich gemäß der Schnittmenge dieser beiden Kriterien wäre problematisch.

Aufgrund der homogenen Wirtschaftskraft wären dies die in Grafik 2 genannten acht Länder. Irland und Belgien wären wegen ihres unverantwortlich hohen Verschuldungsgrades heraus zu nehmen, so dass sich sechs Länder zum Europäischen Kern fügen ließen:

Luxemburg
Niederlande
Österreich
Finnland
Deutschland
Frankreich

Um den Kern Europas zu formieren, ist jedoch ein weiteres qualitatives Kriterium heranzuziehen. Drei Überlegungen verdeutlichen dies:

1. Sand statt Grundstein

Breit durchgesetzt hat sich inzwischen die Erkenntnis, dass die Euro-Zone schwere Konstruktionsmängel aufweist.

In einer Grundsatzdiskussion vor ihrer Gründung hatte sich eine „Grundsteintheorie“ durchgesetzt. Ihr zufolge sollte eine Gemeinschaftswährung am Anfang stehen. Der Euro würde sich als Selbstläufer erweisen, der schließlich zu einem handlungsfähigen Staatengebilde auf europäischer Ebene führen würde. Diese „Theorie“ ist grandios gescheitert. Selbst mit hunderten von Milliarden ist die marode Währungsunion nun nicht mehr zu retten.

Die Euro-Zone war noch nicht einmal auf einen Grundstein, sie war auf Sand gebaut.

Die beste Anlageentscheidung, die sich uns Bürgerinnen und Bürgern jetzt bietet, ist deshalb ein europäischer Umstieg. Umstieg heißt einerseits Ausstieg aus der Währungsunion; das alleine wird uns den Verlust hunderter von Milliarden Euro ersparen. Das ist für jeden Einzelnen über einen langen Zeitraum weit rentierlicher als viele kleine Depotentscheidungen, die wir individuell treffen können. Umstieg bedeutet andererseits, und das muss unmittelbar mit dem ersten Schritt einhergehen, Einstieg - aber wo hinein?

2. Ein solides Fundament für einen Neubau

Trotz dieses grandiosen Scheiterns wird weiterhin verbreitet, es ginge bei diesem Stoff nur um Expertenfragen. Ganze Regierungen werden allein aus Technokraten gebildet, weil nur diese den Durchblick hätten. So fabriziert man eine Automatik zur Interessenvertretung des Finanzkapitals. Es kann nicht um die Neuaufgabe des Tunnelblicks gehen, wie er schon für die bisherige Diskussion kennzeichnend war.

Alles ist auf das Wiederfunktionieren einer Währungszone fixiert. Stattdessen gehört das qualitativ Staatsrechtliche an den Anfang. Bei Überlegungen zur Staatenbildung muss es immer zuerst um die konsistente Formulierung von Gesamtinteressen gehen. Diese sind jetzt neu zu gewichten. Ins Zentrum gehören demokratisch formulierte Interessen. Nur so können Bürgerinnen und Bürger überhaupt ihre Interessen artikulieren. „Eine legitime neue Ordnung kann nur im Übergang zu geordneten Verfahren entstehen“ (Bertram Schefold, FAZ 25.11.11).

Als erster Schritt des neuen Hausbaus muss eine stabile Betonplatte gegossen werden. Für einen Europäischen Kern kann das nicht mehr das Völkerrecht sein. Wie leicht dies zu brechen ist, wird uns in diesen Zeiten laufend vorgeführt. Es muss eine solide Verfassung sein. Und dies wiederum kann nicht irgendeine, sondern es muss eine demokratische sein. Die Hürden für deren Änderung müssen so hoch liegen, dass sie nicht mir nichts, dir nichts gebrochen werden kann.

Stattdessen wird zur Zeit eine „Politische Union“ in den Vordergrund geschoben. Ja, aber was ist das? Wird schon wieder zu den Nebelkerzen gegriffen? Dieser völlig unbestimmte Begriff taugt nichts. Ein Bundesstaat (die Vereinigten Staaten von Europa) kann es nicht mehr sein. Der ist verbrannt. Es kann nur eine demokratische Föderation sein.

Und genau hier sind dann die Prinzipien zu setzen, aus denen sich weitere ausschlaggebende Weichenstellungen für den Zutritt der zum Kern vorgesehenen Länder ergeben.

3. Gerade der Baustein „Währung“ bedarf festen Grundes

In den Kern einer Verfassung gehören dann auch die gegenwärtig vor allem umstrittenen Regelungsgebiete - das Fiskalische und die Währungsproblematik. Keine Fiskalunion, keine Währungsunion ohne demokratische Verfassung. Bei diesem Verfassungsausschnitt geht es dann um zwei Regeln:

(a) Eine Regel zur Staatsverschuldung:

Aus den Maastrichter Verträgen wird das Bail-out-Verbot in die Kern-Verfassung übernommen - keine Haftung aller Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedstaaten. Ob aus den gleichen Verträgen das Schuldenlimit von 60 Prozent noch übernommen werden kann, ist eher unwahrscheinlich. Inzwischen wird hier augenscheinlich eine Grenze von 60+ (oder 90-) erzwungen werden.

Beide Regeln haben dann Konsequenzen für die Zuordnung von Ländern zum Europäischen Kern: Jeder, der hinein will, muss vorher diese Verfassungsregeln akzeptieren. Dann kann man etwas großzügiger mit der Zuordnung der Schuldenländer in der Mittelgruppe umgehen und muss lediglich sicherstellen, dass sie den Übergang in den Kern schaffen. Dann hat auch das weit überschätzte Deutschland seine Chance.

(b) Eine Regel zum Finanzausgleich.

Unbestritten ist, je großzügiger ein Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsländern vereinbart werden soll, umso homogener müssen die Länder im Kern zueinander passen. Der Finanzausgleich, wie wir ihn zwischen den deutschen Ländern kennen, lässt sich auf die Spannbreite Luxemburg <---> Estland nicht anwenden.

Umgekehrt gilt: Will man nicht nur einen homogenen Club der Wohlhabenden, dann

muss man sehr enge Grenzen für einen Finanzausgleich ziehen oder darauf vielleicht sogar vollständig verzichten. Nur dann kann man großzügiger mit der Zuordnung aus Grafik 2 umgehen. Dann kann man mit aussichtsreichen Kandidaten ein striktes Nord-Süd-Schema durchbrechen, wie Estland, Slowakei, Slowenien.

IV. FAZIT

Passiv abwarten können wir, bis am Ende der Euro zusammenbricht. Das wird uns hunderte von Milliarden kosten.

Präventiv vorgehen können wir auch. Das wäre eine hochrentierliche Strategie. Dafür brauchen wir eine transparente und tragfähige Konstruktion. Kein nochmaliges Dahinwursteln. Erst eine demokratische Verfassung, dann der Bau des neuen Hauses.

Dazu bedarf es einer festen und soliden Gründergemeinschaft: Schon die beiden empirisch-statistischen Kriterien haben gezeigt, dass die Unterscheidung in Nord und Süd zu geografisch ist. Um die richtige Auswahl zu treffen, ist zusätzlich das qualitative Kriterium der Anerkennung einer demokratischen Verfassungsbasis heranzuziehen. Wer deren Prinzipien nicht ratifiziert, hat keinen Zutritt.

Im übrigen darf ein weiterer schwerer Fehler nicht wiederholt werden. Die Zerstörung der Basis eines politischen Europas, so wie es mit den hektischen Erweiterungen der EU geschehen ist, gilt es jetzt zu verhindern. Bevor über solche Schritte überhaupt nachgedacht werden kann, bedarf es einer erfolgreichen Konsolidierung der Gründergemeinschaft. Dies wird nur über einen langen Zeitraum hinweg möglich sein. Solidität vor Hektik.

Weitere Quelle zu diesem Thema:

Trendanalyse 16: Zur globalen Positionierung einer Europäischen Föderation